3 NRW Magazin

www.dbb-nrw.de

März 2019 • 62. Jahrgang

Zeitschrift des
DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion

Demonstration mit 10 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern anlässlich der bevorstehenden dritten Runde der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder in Düsseldorf. Bericht auf Seite 2.

© F. Windmüller

Einigung bei Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder

DBB NRW: zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Volumens auf Beamtenbereich

Der DBB NRW begrüßt das Ergebnis der Tarifverhandlungen als einen ersten Schritt zur Verbesserung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes und fordert nun die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Volumens auf den Beamtenbereich.

Nachdem es lange Zeit nicht nach einer Einigung ausgesehen hatte, konnten sich die Verhandlungspartner in Potsdam schließlich doch auf ein Ergebnis verständigen. Die Beschäftigten der Länder erhalten demnach rückwirkend zum 1. Januar 2019 durchschnittlich 3,2 Prozent mehr Lohn, mindestens aber 100 Euro. Zum 1. Januar 2020 erhalten sie noch mal durchschnittlich 3,2 Prozent mehr Lohn, mindestens aber 90 Euro. Da dieser Tarifvertrag eine Laufzeit von 33 Monaten hat, ist auch die lineare Steigerung für 2021 vereinbart worden, sie liegt bei durchschnittlich 1,4 Prozent, mindestens aber 50 Euro.

© F. Windmüller

Roland Staude bei der Kundgebung

Roland Staude, 1. Vorsitzender des DBB NRW, begrüßt das Ergebnis als einen wichtigen Schritt für die Kolleginnen und Kollegen zur Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung. Insbesondere begrüßt der DBB Landesvorsitzende die Verbesserungen im Bereich der Sorgearbeit: „Diese Menschen leisten einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft und das muss auch entsprechend belohnt werden."

Als einen Grund für das Zustandekommen dieses insgesamt guten Ergebnisses sieht Roland Staude den Einsatz der Kolleginnen und Kollegen bei zahlreichen Warnstreiks und Demonstration. Alleine bei einer großen Kundgebung in Düsseldorf ▶

2 Demonstration in Düsseldorf

Demonstration mit 10 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern in Düsseldorf

2 DBB NRW Landeshauptvorstand

Vorbereitung des Gewerkschaftstages

3 NRW-Innenminister Herbert Reul

Im Interview zu Gewalt gegen Beschäftigte

am 26. Februar hatten mehr als 10 000 Beschäftigte ihren berechtigten Forderungen lautstark vor dem nordrhein-westfälischen Landtag Ausdruck verliehen. „Das hat Eindruck gemacht“, ist sich der Landesvorsitzende sicher.

Im nächsten Schritt fordert er nun eine Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten sowie auf die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger in Nordrhein-Westfalen. „Sowohl tariflich Beschäftigte als auch Beamtinnen und Beamte sind für den öffentlichen Dienst von großer Wichtigkeit“, so Roland Staude. „Wer die Attraktivität des öffentlichen Dienstes steigern möchte, der kann folglich nicht bei den Bedingungen für tarifliche Beschäftigte haltmachen.“ Aus diesem Grund ist der DBB NRW Vorsitzende auch froh über die Zusage, dass zeitnah nach Abschluss der Tarifverhandlungen auch Besoldungsgespräche zwischen der Landesregierung und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes stattfinden sollen. ■

Landeshauptvorstand

Roland Staude: „Der öffentliche Dienst in NRW ist kein Billigdiscounter!“

Demonstration mit 10 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern in Düsseldorf

Kurz vor der dritten Runde der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder hatten sich Beschäftigte in ganz Nordrhein-Westfalen am 26. Februar 2019 an einem Warnstreik beteiligt. Alleine in Düsseldorf gingen mehr als 10 000 von ihnen für höhere Einkommen auf die Straße.

Roland Staude, Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen, machte auf der Kundgebung in Düsseldorf vor Tausenden Kolleginnen und Kollegen deutlich, was er von der Verweigerungshaltung der Arbeitgeberseite (Tarifgemeinschaft deutscher Länder – TdL) hält.

Der öffentliche Dienst in NRW sei doch kein Billigdiscounter!, so Staude. Die Kolleginnen und Kollegen lieferten jeden Tag Qualität ab und sorgten für die Einnahmen in diesem Land und dafür haben sie es auch verdient, angemessen bezahlt zu werden. „Deshalb sind sechs Prozent mehr Lohn und Gehalt nur ein kleiner Teil der Wertschätzung Eurer täglichen Arbeit!“, so der DBB NRW Vorsitzende unter Beifall der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Protest der dbb jugend nrw

© Markus Klügel

Auf dem Weg zum Landtag

© F. Windmüller

Auf der Kundgebung sprachen neben Roland Staude **Jutta Endrusch** (2. DBB NRW Vorsitzende) als Vertreterin der Lehrerverbände, **Moritz Pelzer** (Landesjugendleiter der dbb jugend nrw) und **Manfred Lehmann** (DSTG NRW Vorsitzender). Die Moderation hatte **Sandra van Heemskerk**, stellvertretende Vorsitzende Tarifkommission NRW, inne. Auf der Abschlusskundgebung vor dem NRW-Landtag sprachen die Verhandlungsführer **Ulrich Silberbach** und **Frank Bsirske** zu den Teilnehmerinnen und Teilnehmern. ■

Roland Staude bereitet Mitglieder auf harte Einkommensrunde vor

Sitzung des DBB NRW Landeshauptvorstandes in Düsseldorf

Roland Staude, Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen, eröffnete am 18. Februar die letzte Hauptvorstandssitzung in der laufenden Wahlperiode, die vornehmlich zur Vorbereitung des Gewerkschaftstages im Mai 2019 diente.

Zunächst berichtete **Andreas Hemsing**, Vorsitzender der DBB NRW Tarifkommission, über den aktuellen Stand der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder. „Die Arbeitgeber scheinen den Ernst

Andreas Hemsing berichtet über die Tarifverhandlungen.

der Lage noch nicht erkannt zu haben“, so Hemsing.

„Statt konstruktiv in die Verhandlungen einzusteigen, mauern sie.“ Das sei eine völlig unverständliche Haltung angesichts des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels. Andreas Hemsing: „Was wir brauchen, sind mehr Investitionen in die Beschäftigten, nicht weniger.“

Beihilferecht im Sinne der Beschäftigten entbürokratisieren

Zum gewerkschaftspolitischen Lagebericht stellte **Roland Staude** unter anderem den Antrag „Beihilferecht im Sinne der Beschäftigten entbürokratisieren und weiterentwickeln“ vor, an dem der DBB NRW entscheidend beteiligt war.

Schließlich sei es dem nordrhein-westfälischen Beamtenbund gelungen, die Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP als gemeinsame Antragsteller zu gewinnen.

Inhalt des Antrages war, dass zum einen die Bearbeitungszeiten weiter reduziert werden sollen und zum anderen die Stärkung der gesundheitlichen Prävention und Beratung im Gesundheitsmanagement festgeschrieben wird. Dazu seien auch die entsprechenden Beihilfevoraussetzungen zu prüfen, so Staude.

Einkommensrunde der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder

Er äußerte sich auch zur derzeitigen Einkommensrunde. Er stellte klar, dass das Volumen des Tarifabschlusses zeitgleich und systemgerecht auf die Beamten und Versorgungsempfänger zu übertragen sei.

Weitere Zusatzforderungen vonseiten des DBB NRW an die NRW-Landesregierung seien:

a) die Angleichung der Wochenarbeitszeit,
b) eine Modifikation der Eingangsbesoldungen und
d) die Abschaffung der Kostendämpfungspauschale.

„Daher ist es sehr wichtig, dass alle Kolleginnen und Kollegen ihre Forderungen laut artikulieren müssten. Sei es durch Warnstreiks oder durch Demonstrationen“, so der DBB NRW Vorsitzende.

Roland Staude trägt den gewerkschaftspolitischen Lagebericht vor.

Im Vordergrund der Landeshauptvorstandssitzung stand jedoch der bevorstehende Gewerkschaftstag des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen im Mai dieses Jahres in Neuss. Unter der Leitung von Roland Staude wurden unter anderem sämtliche Anträge besprochen, die zum Gewerkschaftstag gestellt wurden.

Er kündigte zudem an, dass der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, **Armin Laschet**, auf der öffentlichen Veranstaltung am Vormittag des 21. Mai 2019 die Festrede halten wird. Anmeldungen zu der öffentlichen Veranstaltung gerne per E-Mail (post@dbb-nrw.de). ■

Interview

„Früher wurde auf einem Schützenfest auch mal geschlagen, heute wird gleich das Messer gezückt!“

Interview mit dem Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, **Herbert Reul**

Mit dem Minister des Inneren des Landes Nordrhein-Westfalen, Herbert Reul (MdL), sprachen Roland Staude, DBB NRW Vorsitzender, und Joachim Klein, Chefredakteur des DBB NRW Magazins, im Dienstgebäude des Ministeriums in der Friedrichstraße 62–80 in Düsseldorf. ►

Roland Staude und Herber Reul

DBB NRW Magazin: Sie sagten zuletzt in einem Interview gegenüber der „Bild“, dass die Justiz die Polizei nicht immer verstehe. Sie hatten deshalb Staatsanwälten und Richtern geraten, „mal eine Schicht im Streifenwagen mitzufahren, damit sie sehen, was wirklich los ist“.

Herbert Reul: Es gibt permanent Diskussionsbedarf zwischen Justiz und Polizei. Polizisten erleben immer wieder, dass Straftäter, die sie gefasst haben, am nächsten Morgen wieder frei herumlaufen. Natürlich gibt es umgekehrt bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften auch den Hinweis, dass die Polizei präzisere und brauchbarere Informationen liefern muss.

Ich glaube, gegenseitige Vorwürfe bringen uns nicht weiter. Wir müssen dafür sorgen, dass mehr miteinander geredet wird. Sowohl auf der oberen als auch auf der örtlichen Ebene. Aber wir sind da schon auf dem richtigen Weg. Beispielsweise mit den Projekten „Staatsanwalt vor Ort“ oder „Haus des Jugendrechts“. Hier steht die Zusammenarbeit von Justiz und Polizei im Vordergrund. Und diese Zusammenarbeit fördert das gegenseitige Verständnis.

DBB NRW Magazin: Sie nehmen sich des Themas „Gewalt gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“ im öffentlichen Dienst ganz besonders an.

Herbert Reul: Wir hatten im vergangenen Jahr allein 9 000 tätliche Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten. Da frage ich mich manchmal schon, in welcher Gesellschaft leben wir, wenn die, die für Ordnung und Recht eintreten, tätlich angegriffen werden.

Gewalt kommt aber auch bei der Feuerwehr, den Rettungssanitätern, den Kolleginnen und Kollegen im Ausländeramt vor. Das ist ja nicht nur ein Problem der Polizei. Eigentlich müsste es eine Protestwelle geben!

Der Gesetzgeber in Berlin hat entsprechend reagiert, sodass nun verschärfte Strafen bei Delikten gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst verhängt werden können. Ich glaube aber, noch wichtiger ist, dass man das Problem auf den Tisch bringt. Dass jeder Angehörige im öffentlichen Dienst Angriffe jeglicher Art auch anzeigt. Ich habe zum Beispiel bei den Feuerwehren dafür Werbung gemacht, das zu tun. Natürlich werden dann aller Voraussicht nach die Zahlen der gewalttätigen Übergriffe noch steigen. Aber die Fakten müssen zunächst einmal alle auf dem Tisch.

DBB NRW Magazin: Nach einer Studie des Verbandes VBE ist die Gewalt gegen Lehrerinnen und Lehrer inzwischen an der Tagesordnung. Auch hier ist festzustellen, dass viele solcher Angriffe gar nicht erst zur Anzeige gelangen.

Herberg Reul: Ich halte das für einen Fehler. Probleme muss man benennen, sonst kann man sie nicht lösen. Das ist ganz banal.

DBB NRW Magazin: Haben wir nicht inzwischen ein gesellschaftliches Problem?

Herbert Reul: Die Gesellschaft hat offensichtlich in Bezug auf Gewalt eine andere Einstellung entwickelt. Früher wurde auf einem Schützenfest auch mal geschlagen, heute wird gleich das Messer gezückt.

DBB NRW Magazin: Die alltägliche Respektlosigkeit gegenüber Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wird von Ihnen auch kritisiert.

Herbert Reul: Es gibt leider immer mehr Menschen in unserer Gesellschaft, die der Meinung sind, Recht ist das, was sie ganz persönlich für Recht halten. Und sie akzeptieren keine Regeln.

Wir müssen daran arbeiten, dass die Menschen verstehen, was eigentlich Rechtsstaatlichkeit heißt. Der Staat ist erfunden worden, damit Menschen zusammen leben und sich vor Bedrohung von außen und innen schützen können. Dafür gibt es Regeln in Form von Gesetzen und Verordnungen. Ob es mir nun passt oder nicht: Ich muss mich an diese Regeln halten. Und wenn ich sie verletze, muss ich auch damit leben, dass ich Sanktionen bekomme. Das gilt im Kleinen wie auch im Großen.

Der eine regt sich als Steuerhinterzieher auf und meint, das wäre doch nur ein Kavaliersdelikt. Der andere meint, wenn er falsch geparkt hätte, wäre das doch nicht so dramatisch. Doch handelt es sich in beiden Fällen um ein rechtswidriges Verhalten. Ich stelle eine zunehmende Beliebigkeit im Umgang mit dem Recht fest. Und darunter hat die Polizei natürlich besonders zu leiden.

Der Hambacher Forst ist das Topbeispiel dafür. Da laufen Leute herum, die glauben, dass sie für eine gute Sache kämpfen und deshalb auch alles dürfen. Sie glauben, dass es legitim sei, mal über die Stränge zu schlagen, auch Fäkalien über den Köpfen von Polizisten auszugießen, mit Steinen zu werfen, ein Auto kaputtzumachen oder gewalttätigen Widerstand zu leisten. Das wird dann als „Ziviler Ungehorsam“ verbrämt.

Ich sage ganz entschieden: Nein! Das Recht gilt überall und für alle. Und wenn ich bei der Clankriminalität in Gelsenkirchen oder Dortmund dafür Sorge trage, dass Menschen nicht das Recht für sich selbst definieren und bestimmen, gilt das auch für den Hambacher Forst. Da gibt es einen riesige Nachholbedarf, das kann man aber schlecht verordnen. Es müsste eine Riesenwelle des Aufbegehrens oder ein Bündnis der Vernünftigen geben in dieser Gesellschaft, die für den Rechtsstaat werben und sagen: So geht das nicht weiter!

DBB NRW Magazin: Auch das neue NRW-Polizeigesetz, das der Landtag im Dezember verabschiedet hat, hat im Vorfeld viele Menschen auf die Straße gebracht.

Herbert Reul: Das war im Sommer. Aber im Winter haben wir das Gesetz mit wirklich breiter parlamentarischer Mehrheit verabschiedet. Bis auf die Grünen war niemand dagegen. Inhaltlich haben wir sicherlich an der einen oder anderen Stelle nachgebessert, konkretisiert, geschärft und präzisiert. Aber so ist das in einem demokratischen Rechtsstaat nun einmal.

DBB NRW Magazin: Sie haben unter anderem auf den unbestimmten Rechtsbegriff der „drohenden Gefahr“ verzichtet.

Herbert Reul: Das Anliegen war, vor die Lage zu kommen, das heißt, der Polizei ein Instrument an die Hand zu geben, mit dem sie handeln kann, bevor die Gefahr konkret wird. Wir haben letztlich auf den Begriff verzichtet, weil er juristisch nicht eindeutig genug war.

Das Problem haben wir aber trotzdem gelöst. Wir haben die Systematik geändert und das Gesetz so sicher gemacht, dass es juristisch sauber ist. Übrigens: Was bei der Debatte um den besonders kritisierten Unterbindungsgewahrsam gerne unterschlagen wurde, ist dass er nur unter ganz engen Voraus-

setzungen möglich ist und außerdem unter einem strikten Richtervorbehalt steht.

DBB NRW Magazin: Es ist aber wohl nicht so, dass man rein präventiv eine Videoüberwachung anordnen kann?!

Während des Interviews im Dienstzimmer des Innenministers

© DBB NRW (2)

Herbert Reul: Doch, aber nur unter ganz engen Voraussetzungen: Videoanlagen im öffentlichen Raum können nur dann installiert werden, wenn es sich um Standorte mit nachgewiesenem Gefahrenpotenzial handelt. Eine weitere Beschränkung ist, dass die Videobeobachtung nur dann erlaubt ist, wenn auf der anderen Seite der Kamera ein Polizist sitzt, der jederzeit einschreiten kann. Auch deshalb ist eine Massenüberwachung ausgeschlossen.

DBB NRW Magazin: Wir fordern heute keine Dienstrechtsreform 2.0, sondern vielmehr eine Attraktivitätssteigerung für den öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen. Wir beobachten zunehmend, dass junge Menschen sich die Rahmenbedingungen ansehen, die sie an ihrem späteren möglichen Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst vorfinden. Daher fordern wir eine Attraktivitätsoffensive der Landesregierung. Ist diese bereits in der Schublade oder geht es wirklich nur um Einstellung von neuem Personal?!

Herbert Reul: Wir beschäftigen uns sehr mit der Rekrutierung von Personal für den öffentlichen Dienst. Die von Ihnen angesprochene Attraktivitätsoffensive hat ganz viele Facetten. Ich neige dazu, erstmal an kleinen Schrauben zu drehen.

Beispielsweise haben wir hier im Haus, dem Innenministerium des Landes, die Telearbeit ausgebaut. Damit Mann und Frau Zeit für ihre Kinder oder pflegebedürftige Angehörige haben. Ich halte das für ein sehr wichtiges Element, mit dem man den Menschen im öffentlichen Dienst entgegenkommen und letztlich auch Leute halten kann. Ich glaube immer mehr, dass die Frage von Attraktivität mehr eine Frage der Arbeitsbedingungen als eine Frage des Geldes ist.

Ich habe hier im Hause Juristen, die aus gut bezahlten Jobs in den öffentlichen Dienst gekommen sind. Weil sie die hiesigen Arbeitsbedingungen schätzen und Beamte sind. Die Frage der Teilzeit ist bei der Polizei natürlich viel schwieriger als woanders. Das soll aber nicht bedeuten, dass die vielen Frauen, die wir bei der Polizei haben, aussteigen müssen und nie mehr wieder kommen, wenn sie ein Kind bekommen haben. Das wäre doch verrückt! Wir müssen eine Möglichkeit finden, wie wir diese Kolleginnen bei der Polizei halten. Daher arbeiten wir zurzeit an der Einführung von Lebensarbeitszeitkonten.

DBB NRW Magazin: Es gibt offensichtlich einen konkreten Willen der Landesregierung, Lebensarbeitszeitkonten einzuführen. Uns ist bislang auch keine ideale Lösung eingefallen, wie man so etwas konkret in den verschiedenen Ressorts umsetzen kann. Gegebenenfalls wäre es eine Idee, in diesem Zusammenhang die Wochenarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten der des Tarifbereichs anzunähern.

Herbert Reul: Jeder gute Vorschlag ist willkommen. Wir sind im Moment auf nichts festgelegt.

DBB NRW Magazin: In der kommenden Einkommensrunde werden bei Tarifverhandlungen vor allem um strukturelle Verbesserungen diskutiert und vereinbart werden. Das wird ggf. zulasten einer adäquaten linearen Erhöhung im Besoldungsbereich gehen, was auch den Polizistinnen und Polizisten sicher nicht gefallen würde.

Herbert Reul: Das kann ich mir auch vorstellen. Wir müssen uns entscheiden, man kann nie alles auf einmal haben, man muss abwägen. Wir sind derzeit daran, die Fehler der Vergangenheit – was die Quantität der Stellen angeht – wieder wettzumachen, zu korrigieren. Für mich ist das Wichtigste: Wir brauchen mehr Polizisten. Mein Kollege, Justizminister Biesenbach, braucht mehr Juristen. Wenn wir dann auch noch gleichzeitig mit mehr Gehalt kommen, dann wird das nicht funktionieren. Insoweit ist meine Sicht der Dinge: Ich bin interessiert an mehr Leuten, interessiert an gutem Nachwuchs. Gleichwohl muss das Gehalt natürlich stimmen, das Leben wird teurer, aber da sind in der Landesregierung andere Leute in der Verantwortung.

DBB NRW Magazin: Bislang haben die Besoldungsgespräche unter der Führung der Ministerpräsidentin mit dem Chef der Staatskanzlei und dem Finanzminister stattgefunden. Könnten Sie sich vorstellen, bei künftigen Besoldungsgesprächen ebenfalls teilzunehmen?

Herbert Reul: Bislang ist das Thema an mich noch nicht herangetragen worden.

DBB NRW Magazin: Herzlichen Dank für das Gespräch. ■

Landesleitung BTB NRW: Ralf Wiesemann, Jürgen Thier, Christian Zysk, Silke Pienkny, Mathias Knust, Achim Krampe, Horst Werner Wolter (von links)

Redner BTB NRW: Mathias Knust, Peter Vahrenhorst, Jürgen Thier, Roland Staude, Jan Georg Seidel (von links)

© BTB NRW (2)

Jürgen Thier mit überwältigender Mehrheit im Amt bestätigt

Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Technik und Naturwissenschaft (BTB NRW)

Mit 113 von 114 Stimmen wurde Jürgen Thier im Amt des Landesvorsitzenden des BTB NRW bestätigt, nachdem er 2015 erstmalig als Vorsitzender gewählt wurde. Roland Staude, Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen, überbrachte die besten Wünsche des DBB NRW Vorstandes und gratulierte dem wiedergewählten Vorsitzenden zur Wiederwahl.

Jürgen Thier machte in seiner Rede auf der öffentlichen Veranstaltung deutlich, dass zur Fachkräftegewinnung neben der Ausbildung von geeigneten Nachwuchskräften in den technischen Fachverwaltungen vor allem die Attraktivität des öffentlichen Dienstes und die Einkommen der Beschäftigten verbessert werden müssten.

Mit Arbeitsplatzsicherheit und weichen Faktoren rund um das betriebliche Gesundheitsmanagement könne der öffentliche Dienst kaum noch punkten. Hier hätte die Privatwirtschaft deutlich nachgezogen, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern und Familie und Beruf besser zu vereinbaren.

„Es ist an der Zeit, dass das Einkommen erhöht wird und auch das berufliche Fortkommen wieder in den Fokus des Handelns gerät“, so Jürgen Thier. Dazu hat die Landesleitung des BTB NRW einen umfassenden Leitantrag formuliert, der im internen Teil des Gewerkschaftstages ausgiebig erläutert wurde. Es wurden damit Verbesserungspotenziale in allen Laufbahngruppen aufgezeigt, angefangen vom ehemaligen mittleren technischen Dienst (höheres Einstiegsamt plus Sonderlaufbahn bis A 11), über den gehobenen technischen Dienst (höheres Einstiegsamt plus deutlich mehr Aufstiegsverfahren) bis hin zum ehemaligen höheren Dienst (Führungspositionen müssen mit Technikern besetzt werden).

Neben **Roland Staude** sprachen **Jan Georg Seidel**, BTB Bundesvorsitzender, und **Peter Vahrenhorst** vom Landeskriminalamt Nord-rhein-Westfalen, der einen fachlichen Input über Cyberkriminalität gab.

In die Landesleitung wiedergewählt wurden **Christian Zysk** von der Fachgruppe Landesbetriebe und als Schatzmeister **Horst Werner Wolter**. Neu hinzugekommen sind **Ralf Wiesemann** von der Fachgruppe Kataster und Vermessung, **Mathias Knust** von der Fachgruppe Arbeitsschutz und Umweltschutz und **Achim Krampe** von der Fachgruppe Mensch-Umwelt-Technik, der zum stellvertretenden Schatzmeister gewählt wurde.

Als Ersatzmitglieder stehen in der erweiterten Landesleitung **Silke Pienkny** von der Fachgruppe Ländliche Entwicklung, Bodenordnung und **Thomas Steinmann** als ehemaliges Landesleitungsmitglied zur Verfügung. Damit sind erstmalig wieder alle Fachgruppen und alle Laufbahngruppen in der Landesleitung des BTB NRW vertreten. ■

DBB Kreisverband Münster: Neuer Vorstand gewählt

Bisheriger langjähriger Vorsitzender **Michael-Franz Knobloch** stand für Wiederwahl nicht mehr zur Verfügung

Mit einer neuen Mannschaft wird der DBB Kreisverband Münster seine aktive Arbeit fortsetzen. Die Delegierten aus den 35 dbb Mitgliedsverbänden wählten am 13. Februar 2019 einen neuen Vorsitzenden. Meik Bruns, Bezirksvorsitzender des Philologenverbandes (Dritter von rechts) steht nun an der Spitze des dbb Münster.

Mitglieder des Kreisverbandstages mit Roland Staude (Vierter von links)

© DBB Münster

Er wird unterstützt von elf Mitgliedern im geschäftsführenden Vorstand. Zum Team gehören fünf Gewerkschafter, die zum ersten Mal gewählt wurden und mit neuen Ideen die Arbeit bereichern werden.

Gewählt wurden in den Vorstand des DBB Münster:

Kreisvorsitzender: **Meik Bruns**, Philologenverband; stellvertretender Kreisvorsitzender: **Dr. Volkhard Riedel**, Verband der Landesbeamten und Bund der Ruhestandsbeamten; Schriftführerin: **Annette Rochell**, Bund der Ruhestandsbeamten; Beisitzer: **Helmo Baltes**, Gewerkschaft der Versorgungsverwaltung, **Michael Habeck**, Deutsche Polizeigewerkschaft, **Peter-Michael Jung**, Deutsche Steuer-Gewerkschaft, **Ingo Lürbke**, Lehrer NRW, **Anusch Melkonyan**, komba, **Heinz Mentrup**, komba, **Klaus Rentmeister**, Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen, **Dirk Vosskuhl**, Gewerkschaft Technik und Natur (BTB).

Der bisherige Vorsitzende Michael-Franz Knobloch (Erster von rechts) und seine Stellvertreterin **Lisa Bethge** beendeten ihre Tätigkeit. Beide waren seit Mai 1998 in diesen Funktionen tätig gewesen. Für ihre 20-jährige aktive ehrenamtliche Mitarbeit wurden sie vom DBB NRW Landesvorsitzenden **Roland Staude** mit der goldenen Ehrennadel des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen ausgezeichnet. ■

DBB Kreisverband Solingen: Neujahrsempfang

Jürgen Hardt (MdB) informierte sich über die Arbeit und aktuelle Probleme auf kommunaler Ebene

Unter dem Motto „Gemeinsam sind wir stark“ lud der Kreisverband des Deutschen Beamtenbundes Solingen zu seinem Neujahrsempfang 2019 in die „Alte Kunst“ nach Solingen-Burg ein.

Als Ehrengast folgte Jürgen Hardt, der Bundestagsabgeordnete des Bergischen Landes, der Einladung, um sich über die Arbeit und aktuelle Probleme auf kommunaler Ebene zu informieren.

In entspannter Atmosphäre begrüßte **Daniel Weber**, Vor-

© DBB Solingen

Teilnehmer auf dem Neujahrsempfang des DBB Kreisverbandes Solingen

Herausgeber: Deutscher Beamtenbund Nordrhein-Westfalen, Ernst-Gnoß-Straße 24, 40219 Düsseldorf. Roland Staude (Vorsitzender). **Telefon:** 0211.491583-0. **Telefax:** 0211.491583-10.
E-Mail: redaktion@DBB-nrw.de. **Internet:** www.DBB-nrw.de.
Chefredakteur: Joachim Klein (JK). **Redaktion:** Markus Klügel (MK)
Bildredaktion: Tanja Henze.
Redaktionsschluss: am 15. jeden Monats.
Hinweis: Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.
Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint zehnmal jährlich. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des DBB beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren, der Bezugspreis für das Einzelheft 2,00 Euro, Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag. Für Mitglieder des Deutschen Philologenverbandes ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Verlag: DBB verlag gmbh. **Internet:** www.DBBverlag.de. **E-Mail:** kontakt@DBBverlag.de. **Verlagsort und Bestellanschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.
Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.
Anzeigen: DBB verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@DBBverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 41, gültig ab 1.10.2018.
Ständige Beilage: dbb magazin.

Postvertriebsstück G 6051 • Deutsche Post AG „Entgelt bezahlt“

ISSN 1438-2989

sitzender des DBB Solingen, die zahlreich erschienen Gäste und blickte auf das vergangene Jahr zurück: „Seit der Gründung des Stadtverbandes Ende 2017 konnten wir uns deutlich weiterentwickeln. Unsere ersten Ziele hießen ‚Kontaktaufnahme‘, ‚Vernetzung‘ und ‚Unterstützung‘. Erfreulicherweise sind die fünf großen DBB-Fachgewerkschaften des öffentlichen Dienstes unserer Einladung gefolgt. Das ist ein gutes Zeichen für das Erreichen unserer Ziele und das in Solingen vorhandene Interesse.“

Neben den Vorsitzenden der komba und dem Lehrerverband Bildung und Erziehung waren die der DPolG (Deutsche Polizeigewerkschaft), der DSTG (Deutsche Steuer-Gewerkschaft) sowie des VLBS beziehungsweise VLW (Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen) anwesend.

Gerade im Hinblick auf den im Februar anstehenden Tarifkampf für den öffentlichen Dienst betonte Weber, sei es wichtig, dass die Gewerkschaften ihr Potenzial bündelten, um einheitlich die Forderungen der Mitglieder umsetzen zu können. Daniel Weber: „Wir sind auf einem guten Weg, dass die Fachgewerkschaften sich besser absprechen und gemeinsame Aktionen unter dem Dach des DBB NRW initiieren können. So profitieren alle Beteiligten, denn grundsätzliche Probleme wie zum Beispiel Nachwuchsmangel existieren in allen Bereichen.“

Auch Jürgen Hardt fühlte sich beim Jahresempfang sichtlich wohl und freute sich über zahlreiche Gespräche mit den Verbandsvorsitzenden der Fachgewerkschaften. Hardt nahm neben viel positivem Feedback auch Kritik an verschiedenen Entwicklungen und Entscheidungen der Bundespolitik mit nach Berlin. ■

Alaaf Magenta: jeckes DBB-Familientreffen auf dem Rhein

Hoher Besuch vom Dreigestirn von Köln-Rodenkirchen

Über 400 ausgelassene Partygäste waren vergangenen Samstag nach Köln gekommen, um gemeinsam mit der dbb jugend nrw „Alaaf Magenta“ zu feiern. Beim Party-Highlight des Jahres auf der MS Lorely wurde getanzt, geschunkelt, geflirtet und geknutscht.

© dbb jugend nrw

Prinz Jörg I. und Jungfrau Johanna mit der Landesjugendleitung

Ein besonderer Höhepunkt von „Alaaf Magenta“, das in diesem Jahr schon zum neunten Mal stattfand, kam direkt zu Beginn: Das Dreigestirn der Altgemeinde Rodenkirchen samt Entourage hatte einen Kurzauftritt auf der MS Lorely, noch bevor das Schiff vom Kölner Altstadtanleger ablegte.

Bauer Uli war krankheitsbedingt kurzfristig ausgefallen, doch das verbliebene Zweigestirn – bestehend aus Prinz Jörg I. und Jungfrau Johanna – sorgte schon gleich zu Beginn für allerbeste Stimmung. Fun Fact: Jungfrau Johanna heißt im richtigen Leben **Hans-Joachim Klein**, ist unter anderem Chefredakteur des DBB NRW Magazins, war vor vielen Jahren selber mal Mitglied in der Landesjugendleitung der dbb jugend nrw und hat sich einen jecken Kindheitstraum erfüllt.

Hoch her ging es aber nicht nur beim Dreigestirn, sondern auch bei der Party-Meute – und die sah wie immer fantastisch aus: Ob Cousin Itt von der Adams Family, Asterix und Obelix, süße Schoko-Bons, Köche, Matrosen oder Puh der Bär – alle hatten sich große Mühe mit ihren Kostümen gegeben.

Wir alle freuen uns schon auf das nächste Wiedersehen auf der MS Loreley 2020! ***MK***